



## Grünstrom "von unten" kontra Trassen

**Die Energiewende im Kleinen könnte aus Sicht der Stadtwerke so schön sein, wenn der Gesetzgeber und die großen Netzbetreiber nicht zentralistisch hineinregieren würden. Dagegen macht der Verband kommunaler Unternehmen jetzt einen Forderungskatalog auf.**

Nicht zum ersten Mal vermutlich hat Josef Hasler, [Chef der Städtischen Werke Nürnberg](#), in dieser Woche den Medien in Berlin geschildert, wie gut die Energiewende in seiner fränkischen Region läuft. Rund



Das Tauziehen um die Zukunft des Gaskraftwerkes Irsching geht in eine neue Runde: Erneut haben die Eigner jetzt die Stilllegung der Anlage wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit beantragt (Foto: [Art Anderson/Wikimedia](#))

50.000 EEG-geförderte Anlagen, überwiegend Photovoltaik, würden unter anderem dafür sorgen, dass im Verteilnetz teilweise 500 Megawatt mehr Leistung vorhanden sind, als die Region selbst benötigt.

Den eigenen Strombedarf decke man inzwischen schon zu 97 Prozent erneuerbar, schob Hasler nach – vom "autarken Bürger" zur "autarken Region" ist es offenbar nicht mehr weit. Zudem habe sein Unternehmen die fluktuierende Erzeugung voll im Griff. Mit sieben Minuten jährlicher Ausfallzeit beim Strom liege man deutlich unter dem Bundesschnitt von zehn bis elf Minuten.

Auch die Zukunft erscheint grünstromrosig. So hätten die Nürnberger Stadtwerke mehrere hundert Haushalte, die über Solarstrom und -speicher verfügen, in einem Pilotprojekt zusammengeschaltet und steuerten nun zentral, wann Strom in die Speichern oder wieder herausfließt. Jeder dritte Haushalt, so Hasler, ordere derzeit die Solarzellen gleich mit Speicher und viele Besitzer der vorhandenen 45.000 Solaranlagen überlegten, einen Stromspeicher nachrüsten und sich auch gleich eine E-Ladestation vorinstallieren zu lassen. Solche "Prosumer", bemüht der Vorstandschef [das moderne Bild](#), würden die Energiewende bald neu justieren.

Eins stört die neue grüne Welt aus Haslers Sicht aber erheblich. In ein paar Jahren soll eine große neue Überlandleitung seine Region mit dem Ökostromüberschussgebiet im Norden Deutschlands verbinden, der [Suedostlink](#), früher als "Gleichstrompassage Süd-Ost" [bekannt](#). Inzwischen frage er sich, so Hasler, welches Mehr an Versorgungssicherheit diese große, zumeist [erdverkabelte](#) und entsprechend teure Trasse bringen solle.

Zudem gehe in fünf Jahren, im Mai 2022, mit Isar II das letzte bayerische AKW vom Netz, der Suedostlink aber werde erst 2025 fertig – frühestens. Auch in den drei Jahren dazwischen werden die Lichter "nicht ausgehen", ist sich Hasler sicher, der zugleich auch [Chef von N-Ergie](#) ist, dem regionalen mittelfränkischen Energieversorger.

### Zweifel an der Netz-Planung

N-Ergie ist, nebenbei bemerkt, zugleich Mitbesitzer des [Gaskraftwerks Irsching 5](#). Just Ende März starteten die Eigner von Irsching 5 einen neuen Versuch, den 846-Megawatt-Block aus der sogenannten [Netzreserve](#) herauszubekommen, und zeigten bei der Bundesnetzagentur und dem zuständigen Netzbetreiber Tennet erneut die Stilllegung des Kraftwerks zum April 2018 an. Das Kraftwerk habe, so die Begründung, "keine wirtschaftliche Marktperspektive".

Ein besonderer Dorn im Auge sind den Kommunalen um Hasler und [Katherina Reiche](#), die Chefin des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), die vom Energiewirtschaftsgesetz bestimmten [Netzstabilitätsanlagen](#). Hier geht es darum, dass die vier [großen Netzbetreiber](#), um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des deutschen Stromnetzes zu gewährleisten, bis zu 2.000 Megawatt neue Kraftwerkskapazität in der Nähe von ["Netzengpässen"](#) errichten dürfen. Das werden voraussichtlich vor allem Gaskraftwerke sein.

Haslers fränkische Rechnung geht anders: Mit den Ökostrom-Ausbau und dem Strom aus Irsching ließe sich die Abschaltung des AKW Isar II sehr gut ausgleichen – ergo: Eigentlich werde der Suedostlink nicht gebraucht, von den 2.000 neuen Megawatt zur Netzstabilisierung gar nicht zu reden.

So konkret wollte der N-Ergie-Chef das gegenüber den Medien aber nicht fordern. Klar sei für ihn nur, dass die bisherigen Trassenplanungen im Netzentwicklungsplan neu diskutiert werden müssten.

### **Erneuerbare kommen dezentral ans Netz, entschieden wird zentral**

Für VKU-Chefin Katherina Reiche steckt hinter dem fränkischen ein generelles Problem. Bundesweit finde der Ausbau des grünen Energien vor allem auf regionaler Ebene statt, betonte sie. Bleibe es bei den aktuellen Ausbauplänen würden in den regionalen Stromnetzen insgesamt 140.000 Megawatt erneuerbare Erzeugung hinzukommen, im überregionalen aber nur 17.000 Megawatt, rechnete sie an Seite Haslers den Medien vor.

Für Reiche und Hasler tut sich mehr und mehr ein Widerspruch auf: Die erneuerbare Erzeugung finde vor allem in der "unteren" Ebene des Netzes statt, über dessen Steuerung aber, über [Redispatch](#) und [Abregelung](#), werde aber vor allem "oben" auf der Ebene der vier großen Netzbetreiber entschieden. Reiche: "Das System hat sich verändert und wird sich zunehmend verändern. Und wenn man diesen politischen Weg weiterverfolgt, muss sich auch der Ordnungsrahmen dieser dezentralen Welt ändern."

In die Konfrontation mit Regierung und großen Netzbetreibern wollen sich die VKU-Leute allerdings nicht begeben. Man sei offen für den Dialog, hieß es, jeder müsse auf seiner Ebene die Verantwortung wahrnehmen. Auf jeden Fall könne man aber den einen oder anderen Kilometer Netz einsparen. Hasler bemühte noch ein maritimes Bild und verglich die großen Netzbetreiber mit vier Tankern, die immer nach Gewohnheit die großen Fahrinnen nähmen, denen aber die Kenntnis fehle, "was sich am Meeresboden tut".

Was die zusätzlichen 2.000 Megawatt zur Netzstabilisierung betrifft, müsste Hasler allerdings weniger auf die Netzbetreiber oder nach Berlin, sondern eher nach München schauen. Denn die neuen Gaskraftwerke sollen vor allem [auf Wunsch](#) der bayerischen Landesregierung durchgesetzt worden sein, um mehr Zeit für den Bau der großen Stromtrassen zu haben und diese auch kleiner halten zu können. Bereits 2021 sollen in Bayern [zwei neue Reservekraftwerke](#) mit jeweils 600 Megawatt betriebsbereit sein.

Vielleicht sollte der Stadtwerke-Chef also einmal dem bayerischen Ministerpräsidenten die grüne Stromwelt seiner Region nahebringen.



An solchen Umspannstationen entscheidet sich, welcher Strom an Ende ins Netz kommt – und hier sitzen meist noch die vier großen Netzbetreiber an den Schalthebeln. (Foto: Tennet)